

# „Es ist eine moralische Schande“

Der Bremer Arzt Lars Pohlmeier spricht über die Blockadehaltung Deutschlands beim Atomwaffenabbau



**Lars Pohlmeier** engagiert sich bei den Internationalen Ärzten zur Verhütung des Atomkrieges. Sie haben die Internationale Kampagne für die Abschaffung der Atomwaffen (Ican) mit initiiert. Der 48-jährige hat während des Kalten Krieges ein atomares Drohenszenario kennengelernt. Seitdem kämpft er gegen Atomwaffen. Am Mittwoch, 18. Oktober, hält er ab 19.30 Uhr in der Villa Ichon einen Vortrag mit dem Titel „Atomwaffen abschaffen – Neuer Schwung durch den Friedensnobelpreis“.

**Herr Pohlmeier, gerade hat die Internationale Kampagne für die Abschaffung der Atomwaffen (Ican) den Friedensnobelpreis gewonnen. 122 Nationen haben einen von ihr initiierten Vertrag zur Ächtung von Atomwaffen unterzeichnet. Warum war das überhaupt nötig, wo es doch seit Jahrzehnten einen Atomwaffensperrvertrag gibt?**

**Lars Pohlmeier:** Der Vertrag verbietet den Nicht-Atomwaffenmächten, Atomwaffen zu entwickeln. Daher hat auch Deutschland keine eigenen Atomwaffen. Als Gegenleistung erhalten die Nicht-Atomwaffenmächte das Recht zur Atomenergie-Nutzung zwecks Energiegewinnung. Im Atomwaffensperrvertrag gibt es jedoch auch die Verpflichtung für die Atomwaffenmächte, ihre Arsenale abzurüsten und letztlich abzuschaffen. Die Atomwaffenmächte haben kein Privileg auf den dauerhaften Besitz von Atomwaffen. Aber da sie einen besonderen Status in der Uno und auch in der Welt haben, ignorieren die Atomwaffenmächte ihre eigene Verpflichtung und leisten seit Jahren keinen substanziellen Beitrag zur Abrüstung. Das wird von uns – den Internationalen Ärzten für die Verhütung des Atomkrieges – und von Ican seit Langem kritisiert und führt natürlich auch zu Empörung und Unzufriedenheit bei den Staaten, die ihren Vertragsanteil erfüllen. Das höhlt den Sperrvertrag aus und gefährdet seine Existenz. Daher war es Zeit für ein neues, ergänzendes Vertragswerk.

**Unter den Unterzeichnern ist jedoch keine Atommacht. Warum ist der Vertrag trotzdem mehr als ein Symbol?**

Ich glaube, dass er einen moralischen Druck ausüben wird. Politische Initiatoren sind zum Beispiel Mexiko und Österreich, Staaten mit einem großen internationalen Renommee. Der Vertrag ist ein wunderbares Beispiel für eine produktive Zusammenarbeit zwischen Regierungen, NGOs und dem Internationalen Roten Kreuz, das auch eine wichtige Rolle gespielt hat.

**Wie gingen die Verhandlungen vonstatten?** Auf Initiative der norwegischen Regierung wurde beschlossen, die Blockade-Strukturen in der UN zu verlassen und eine internationale Regierungskonferenz unter Beteiligung der Zivilgesellschaft zu organisieren. Das war im März 2013 in Oslo. Daraus entstanden Folge-Konferenzen in Mexiko und Wien. Dann war ein Punkt erreicht, an dem man nicht mehr außerhalb des Entscheidungsraumes der UN bleiben wollte. Also wandten sich die Staaten zurück zur Uno, um dort mit dem Atomwaffen-Ächtungsvertrag nun eine völkerrechtliche Grundlage zu schaffen.

**Das wird Staatsführer wie Donald Trump oder Kim Jong-Un nicht davon abhalten, ihr atomares Drohszenario weiter auf- und auszubauen. Auch moralisch dürfte ihnen das wenig ausmachen.**

Ja, aber Trump wird nicht ewig US-Präsident bleiben. Seine Position wird sich vielleicht nicht ändern, aber es gibt ja ein beeinflussbares politisches System dahinter. Unser Weg ist umgekehrt. Wir warten nicht mehr, dass Trump oder Kim Jong-Un sich bewegen, sondern nehmen erst mal die Gutwilligen mit. Und da gibt es genug. 122 Länder ratifizieren den Vertrag jetzt. Und dann



Heutige Atomwaffen haben eine deutlich größere Sprengkraft als die einzigen bisher abgeworfenen Bomben von Hiroshima und Nagasaki. Zerstörungen wären noch drastischer als diese auf dem Bild von Hiroshima. Daher sei eine Abschaffung der Waffen auch alternativlos, meint der Bremer Arzt und Friedensaktivist Lars Pohlmeier.

FOTO: REUTERS

kommt der nächste Schritt. Wir müssen die Blockadehaltung der Nato-Staaten aufbrechen. Es ist wohl der erste Vertrag der Vereinten Nationen, bei dem die Bundesregierung noch nicht mal an der Verhandlung teilgenommen hat. Das finde ich skandalös und inakzeptabel. Und das bei einem Projekt, das die Vernichtung der Welt verhindern soll – um nicht weniger geht es hier. Es ist eine moralische Schande für uns. Und deshalb fordern wir, dass Deutschland diesen internationalen Vertrag der UN unterzeichnet. Das setzt dann auch die Nato unter Druck, das wollen wir erreichen. Eine atomare Verteidigung kann es nicht geben. Atomwaffen dürfen niemals eingesetzt werden, weil ein Einsatz heute immer schreckliche humanitäre Folgen hätte. Kein Politiker kann einen solchen Einsatz vertreten. Deutschland darf sich deshalb an einer solchen Militärpolitik nicht länger beteiligen.

**Wird sich denn die deutsche Position bei einer möglichen Jamaika-Koalition und einer Regierungsbeteiligung der Grünen verändern?**

Wir müssen jetzt den öffentlichen Druck erhöhen. Atomwaffen müssen wieder ein Thema werden. Es gibt übrigens in allen Parteien Parlamentarier, die unserem Anliegen aufgeschlossen begegnen. Die Grünen verfügen über eine Tradition der Abrüstung. Aber auch die FDP hat sich in der Vergangenheit positiv hervorgetan, beispielsweise

durch den verstorbenen früheren Außenminister Guido Westerwelle.

**Warum gab es bisher keinen öffentlichen Druck, obwohl Deutschland nicht dabei war?** Das reale Risiko der vollkommenen Vernichtung unserer Länder innerhalb von wenigen Stunden ist unfassbar furchtbar und deshalb kaum vorstellbar. Seit dem Mauerfall ist die atomare Bedrohung zudem nicht mehr so unmittelbar konkret erlebbar. Das hat bei vielen Menschen dazu geführt, dass sie dem Anliegen zwar freundlich gegenüber stehen, was sich aber nicht in konkreten Aktionen niederschlägt. Dabei ist das Thema eben nicht erledigt. Der historische Fehler war, die Entspannungspolitik nach dem Ende des Kalten Kriegs nicht weiter voranzutreiben. Wir alle haben den „Sack nicht zugemacht“, und Russland und USA konnten sich nicht auf eine vollständige Abrüstung einigen.

**Was heißt überschaubar?** Zehn Jahre würde ich sagen. In Russland kamen atomare Abrüstungsprojekte nach dem Kalten Krieg ins Stocken, weil Geld fehlte. Die USA haben ihre langjährige Unterstützung wegen der politischen Spannungen jetzt eingestellt. Kritiker behaupten, es sei naiv zu glauben, diese Waffen könnten abgeschafft werden. Zu glauben, dass man so weitermachen kann, ohne dass etwas passiert, das ist naiv – und dumm.

**Warum?** Die Konsequenzen eines Atomwaffeneinsatzes, auch durch Unfälle, Cyber-Angriffe oder Terroranschläge, wären verheerend. Durch globale Klimaveränderungen wäre mit bis zu zwei Milliarden Betroffenen zu rechnen – auch durch Spätfolgen. Die Atomwaffen, die wir heute haben, verfügen über eine höhere Sprengkraft. Es hat nichts mehr mit Hiroshima zu tun. Deswegen müssen die Atomwaffen wieder ins Zentrum der gesellschaftlichen Debatte. Dann wird auch jedem klar, dass es so nicht weitergehen kann.

ne Atomwaffenstaaten. Die Behörde dafür gibt es also schon, ihre Aufgaben müsste nur erweitert werden. Atomwaffen können in einem überschaubaren Zeitraum abgerüstet werden. Es fehlt allein der politische Wille, dies umzusetzen.

**Das Interview führte Jan-Felix Jasch.**

## USA und Israel verlassen Unesco

Grund ist die Aufnahme Palästinas

VON MAREN HENNEMUTH  
UND CHRISTIAN BÖHMNER

**Washington/Tei Aviv.** Die USA und Israel treten aus der UN-Kulturorganisation Unesco aus. Das gaben beide Länder am Donnerstag überraschend bekannt. Sie werfen der Unesco nach der Aufnahme Palästinas und einer Reihe von Beschlüssen israel-feindliche Tendenzen vor.

Der Schritt sei der Regierung von US-Präsident Donald Trump nicht leicht gefallen, erklärte die Sprecherin des US-Außenministeriums, Heather Nauert. Washington störe sich aber an den „anti-israelischen Tendenzen“ in der Unesco und Zahlungsrückständen innerhalb der Organisation. Der Austritt soll nach ihren Angaben am 31. Dezember 2018 wirksam werden.

Nur wenige Stunden später kündigte auch der israelische Regierungschef Benjamin Netanjahu den Rückzug seines Landes aus der UN-Kulturorganisation an. Er habe das Außenministerium angewiesen, einen entsprechenden Schritt parallel mit den USA vorzubereiten, erklärte der Ministerpräsident.

In seiner Erklärung lobte der israelische Regierungschef die Entscheidung der US-Regierung, sich wegen Voreingenommenheit gegenüber Israel aus der Unesco zurückzuziehen. „Das ist eine mutige und moralische Entscheidung, weil die Unesco ein absurdes Theater geworden ist und weil sie Geschichte verfälscht, statt sie zu bewahren“, sagte Netanjahu.

Die Arbeit der Unesco stand in den vergangenen Jahren immer wieder im Schatten von Streit vor dem Hintergrund des Nahostkonflikts. Nach der Aufnahme Palästinas in die Organisation hatten die USA bereits 2011 ihre Zahlungen an die Unesco gestoppt – dabei wären sie eigentlich der größte Beitragszahler. Im Sommer sorgte die Entscheidung, die Altstadt von Hebron zum palästinensischen Weltkulturerbe zu erklären, für Empörung in Israel. **Kommentar Seite 2**

## Brexit-Gespräche in der Sackgasse

**Brüssel.** Die Gespräche über den EU-Austritt Großbritanniens stecken in einer Sackgasse. EU-Chefunterhändler Michel Barnier beklagte am Donnerstag nach der fünften Verhandlungsrunde eine „Blockade“ Londons bei den Milliardenforderungen, die die EU unbedingt zuerst klären will. Brexit-Minister David Davis will Finanzzusagen verhandeln und zuerst über andere Themen verhandeln – was die EU kategorisch ablehnt.

Vier Monate nach dem Start der Brexit-Verhandlungen wächst damit die Furcht vor einem Scheitern und einem ungeordneten EU-Austritt im März 2019 – ein Szenario, das vor allem die Wirtschaft mit Sorge erfüllt. Beide Seiten streiten nicht nur über den Fahrplan. Durchbrüche in Sachfragen gibt es ebenfalls nicht. Jedenfalls sieht Barnier keinen „ausreichenden Fortschritt“, um dem EU-Gipfel nächste Woche eine Ausweitung der Verhandlungen zu empfehlen. Damit gerät der sehr enge Zeitplan der Unterhändler ins Rutschen.

Ursprünglich wollten die Unterhändler wichtige Fragen der Trennung bis Mitte Oktober klären und danach über die künftigen Beziehungen sprechen. Das gelang aber nicht. Barnier sagte, er hoffe auf entscheidende Fortschritte in den kommenden zwei Monaten, also bis Dezember. Knackpunkt sind finanzielle Forderungen der EU für gemeinsam eingegangene Verpflichtungen in der mehr als 40-jährigen Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs. Inoffiziell ist die Rede von bis zu 100 Milliarden Euro. **DPA**

### TÜRKEI

Berichte über Folter

**Istanbul.** Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) hat zahlreiche Fälle von „Folter und Entführungen“ durch die türkische Polizei dokumentiert und Aufklärung gefordert. Es gebe Hinweise darauf, dass Folter und Misshandlung in Polizeigewahrsam in der Türkei ein „weit verbreitetes Problem“ geworden seien, heißt es in dem am Donnerstag veröffentlichten Bericht „In Haft - Polizeifolter und Entführungen in der Türkei“. Berichtet wird demnach von Drohungen, Schlägen und sexuellem Missbrauch. Meist seien Personen betroffen, denen Verbindungen zu Terrororganisationen oder zum Putschversuch von Juli 2016 vorgeworfen werden. **DPA**

### KAMPF GEGEN DEN HUNGER

Fortschritte zunichte gemacht

**Berlin.** Kriege und die Folgen des Klimawandels haben die Fortschritte im Kampf gegen den Hunger teilweise wieder zunichte gemacht. Das zeigt der Welthunger-Index 2017, der die Ernährungssituation in 119 Staaten beleuchtet. Während der Hunger in Staaten wie China und Brasilien seit 2000 deutlich zurückging, waren die Fortschritte etwa im Jemen und im Tschad wesentlich geringer. Aus 13 Staaten mit einem sehr hohen Anteil von Unterernährten liegen aktuell zu wenig Daten vor. Zu dieser Gruppe gehört beispielsweise der Südsudan. Das Schlusslicht bildet im Welthunger-Index die Zentralafrikanische Republik. **DPA**

## Fatah und Hamas wollen sich aussöhnen

Palästinenserorganisationen einigen sich auf gemeinsames Abkommen – Zukunft der bewaffneten Milizen bleibt unklar

VON STEFANIE JÄRKELE  
UND SAUD ABU RAMADAN

**Kairo.** Die beiden rivalisierenden Palästinenserorganisationen Hamas und Fatah haben sich in Kairo auf ein Versöhnungsabkommen geeinigt. „Wir müssen das Blatt der Trennung für immer wenden, um die Anstrengungen des palästinensischen Volkes und seine Kräfte zu vereinen“, sagte Assam al-Ahmad, Leiter der Fatah-Delegation, am Donnerstag in Kairo. Saleh al-Aruri, stellvertretender Vorsitzender des Hamas-Politbüros, betonte, das Abkommen basiere auf einer Einigung aus dem Jahr 2011.

Bei den Gesprächen unter Vermittlung Ägyptens war es darum gegangen, den seit 2007 von der radikalislamischen Hamas beherrschten Gazastreifen unter die Kontrolle der palästinensischen Regierung von Präsident Mahmud Abbas zu stellen. Abbas regiert in dem von Israel besetzten Westjordanland. Die neue Einheitsregierung soll spätestens bis zum 1. Dezember die vollständige Verwaltung des Gazastreifens übernehmen. Bereits zum 1. November soll sie gemeinsam mit Israel und Ägypten die jeweiligen Grenzübergänge kontrollieren. Ägypten lädt nach eigenen Angaben alle

palästinensischen Fraktionen, die 2011 das damalige Versöhnungsabkommen unterzeichneten, am 21. November zu Gesprächen nach Kairo ein.

Weitere Details des Abkommens wurden zunächst nicht bekannt. Die Fatah-Regierung hat nach Medienberichten zugestimmt, rund 30.000 Hamas-Mitarbeiter weiter in der Verwaltung zu beschäftigen. Die Hamas ist nach der Fatah die größte Palästinenserorganisation. Sie wird von den USA, der Europäischen Union und Israel als Terrororganisation eingestuft. Vor zehn Jahren hatte sie die Macht im Gazastreifen in einem blutigen Bruderkrieg mit der gemäßigten Fatah an sich gerissen. Die Abbas-Regierung ist international anerkannt.

Die Zukunft der Kassam-Brigaden – der bewaffnete Arm der Hamas – bleibt offen. Die Hamas hatte verkündet, dass sie den bewaffneten Widerstand gegen Israel nicht aufgeben werde. Abbas betonte dagegen in einem Interview im ägyptischen Fernsehen, dass seine Regierung jegliche Kontrolle haben müsse. „Alles muss in den Händen der Palästinensischen Autonomiebehörde liegen.“ Abbas hat bereits angekündigt, binnen eines Monats nach Gaza zu kommen. Es wäre das erste Mal seit mindestens zehn

Jahren. Im September hatte die Hamas überraschend verkündet, die Verwaltung des Küstengebiets an die Abbas-Regierung abzugeben und allgemeinen Wahlen zuzustimmen. Frühere Versöhnungsversuche waren immer wieder gescheitert, zuletzt 2014. Seit



Im Gazastreifen jubelten die Menschen über das Abkommen. **FOTO: REUTERS**